

**Auswertung der Antwort auf die Kleine Anfrage Wohnungslosigkeit bei jungen Menschen (BT-Drucksache 21/4223) mit einem O-Ton von Sahra Mirow, Sprecherin für soziales Wohnen der Bundestagsfraktion Die Linke**

Daten zu Wohnungslosigkeit junger Menschen und durchschnittliche Verweildauer:

Die Daten belegen ein eklatantes Ausmaß an Wohnungslosigkeit unter jungen Menschen. Die hohe Zahl der Betroffenen verdeutlicht, dass es sich hierbei nicht um Einzelfälle, sondern um ein strukturelles Problem von erheblicher Tragweite handelt. Zwar verweist die Regierung auf die Erfassung ukrainischer Geflüchteter als einen Grund für den Anstieg seit 2023, doch die Verweildauer in den Unterkünften offenbart ein strukturelles Versagen: Junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren steckten 2025 durchschnittlich fast 120 Wochen (119,9 Wochen) – also deutlich über zwei Jahre – in der Wohnungslosigkeit fest. Von „gleichen Entwicklungschancen“ kann in solchen Notunterkünften keine Rede sein.

Keine Daten zu Care Leaver\*innen:

Besonders alarmierend ist die völlige Ahnungslosigkeit der Bundesregierung bezüglich der Care Leaver\*innen. Obwohl diese Gruppe ein extrem hohes Risiko hat, auf der Straße zu landen, gibt die Regierung auf unsere gezielte Nachfrage unumwunden zu: „Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse [...] vor“. Der Staat übernimmt hier als „Ersatzelternteil“ offensichtlich keine Verantwortung für den Verbleib dieser jungen Menschen.

Sanktionen für unter 25-Jährige in der neuen Grundsicherung (ehem. Bürgergeld):

Trotz der Warnungen von Fachverbänden wie der BAG Wohnungslosenhilfe weigert sich die Regierung strikt, die Sanktionen für unter 25-Jährige im Bürgergeld auszusetzen, um präventiv Obdachlosigkeit zu verhindern. Die Begründung der Regierung ist an sozialer Kälte kaum zu überbieten: Eine Ausnahme von Mitwirkungspflichten wäre „sozialpolitisch ein falsches Signal“. Dass diese Sanktionen junge Menschen oft erst in die verdeckte Wohnungslosigkeit treiben, wird zynisch in Kauf genommen.

Fehlender Wohnraum / Housing First:

Obwohl der Bund große Töne zum Konzept „Housing First“ spuckt, zeigt die Realität ein anderes Bild: Im Bundesprogramm „JUGEND STÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit (JUST BEst)“ wurden von 1.876 jungen Menschen bei Projektaustritt gerade einmal 32 Personen (2 Prozent) in Wohnprojekten mit innovativen Konzepten wie Housing First untergebracht. Die Bundesregierung räumt selbst ein, dass diese Angebote für junge Menschen „sehr selten

ergriffen werden“, da schlichtweg der Wohnraum fehlt und der Bund nur Personalkosten, aber keinen Wohnraum fördert.

#### Verantwortung Bund/Länder/Kommunen und finanzielle Mittel:

Anstatt eine koordinierte Bundesstrategie vorzulegen, schiebt die Regierung die Verantwortung für die Unterbringung systematisch auf die Länder und Kommunen ab. Gleichzeitig sind die Bundesmittel für zivilgesellschaftliche Projekte mit 4 Mio. € für 2025 und 2026 lächerlich gering. Das ist lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein.

#### O-Ton von Sahra Mirow, Sprecherin für soziales Wohnen der Bundestagsfraktion Die Linke:

*„Die Antwort der Bundesregierung zeigt ihr systemisches Versagen. Es ist unfassbar, dass der Staat bei Tausenden sogenannten Care Leavern – also Jugendlichen, für die er jahrelang die Verantwortung trug - nicht einmal weiß, wie viele von ihnen am 18. Geburtstag direkt auf der Straße landen. Das zeigt die bodenlose Gleichgültigkeit gegenüber dieser hochvulnerablen Gruppe.*

*Anstatt junge Menschen in existentiellen Krisen aufzufangen, hält die Bundesregierung unerbittlich an Sanktionen in der Grundsicherung für unter 25-Jährige fest. Zu behaupten, ein Verzicht auf diese Sanktionen wäre ein ‚falsches Signal‘, ist blanker Zynismus. Das einzig falsche Signal ist eine Politik, die sehenden Auges das Abrutschen Jugendlicher in die Obdachlosigkeit billigt.*

*Bei ‚Housing First‘ spuckt die Regierung große Töne, während bundesweit gerade einmal 32 junge Menschen darüber vermittelt wurden. Damit das Konzept wie in Finnland funktioniert, brauchen wir mehr staatliche Sozialwohnungen und ein Ende des Auslaufens der Sozialbindungen. Die Bundesregierung darf die Verantwortung nicht länger auf klamme Kommunen abwälzen. Wir dürfen nicht zulassen, dass junge Menschen in Notunterkünften vergessen werden, wo sie im Schnitt über zwei Jahre ihres Lebens verlieren.*

***Dass so viele Minderjährige in Notunterkünften aufwachsen müssen, ist ein beispielloses sozialpolitisches Versagen. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass gerade Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren im Durchschnitt fast 150 Wochen – also beinahe drei prägende Jahre – in solch prekären Verhältnissen feststecken. Wer einen so großen Teil seiner Jugend in Unterkünften verbringen muss, die häufig nur auf Erwachsene ausgerichtet sind, dem verwehrt der Staat auf fatale Weise gleiche Entwicklungschancen.“***